

Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Land Hessen · Teil I

1993	Ausgegeben zu Wiesbaden am 13. August 1993	Nr. 21
Tag	Inhalt	Seite
5. 8. 93	Hessische Auslandsreisekostenverordnung (HARV) GVBl. II 323-107	367
5. 8. 93	Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Kultusministeriums GVBl. II 305-34	369
5. 8. 93	Verordnung zur Übertragung der Ermächtigung nach § 38 Abs. 2 Satz 1 des Sortenschutzgesetzes GVBl. II 210-60	373
27. 7. 93	Anordnung über Zuständigkeiten nach der Hessischen Beihilfenverordnung im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz GVBl. II 323-108	373

Hessische Auslandsreisekostenverordnung (HARV)*)

Vom 5. August 1993

Auf Grund des § 20 Abs. 2 des Hessischen Reisekostengesetzes in der Fassung vom 27. August 1976 (GVBl. I S. 390), zuletzt geändert durch Verordnung vom 20. März 1992 (GVBl. I S. 129), wird verordnet:

§ 1

Geltung des
Hessischen Reisekostengesetzes

Für Auslandsdienstreisen gilt das Hessische Reisekostengesetz, soweit in dieser Verordnung nichts Abweichendes bestimmt ist. Die Verordnung gilt nicht für Auslandsdienstreisen in Länder der Europäischen Gemeinschaft und innerhalb dieser Länder.

§ 2

Flugkostenerstattung

Bei Flugreisen in außereuropäische Länder können die notwendigen Kosten für das Benutzen der Business- oder einer vergleichbaren Klasse erstattet werden.

§ 3

Auslandstagegeld,
Auslandsübernachtungsgeld

(1) Abweichend von § 8 Abs. 1, § 9 Abs. 2 Satz 1 und § 10 Abs. 2 des Hessi-

schen Reisekostengesetzes bestimmt sich das Auslandstage- und Auslandsübernachtungsgeld nach den Anlagen zu § 3 Abs. 1 Satz 1 der Auslandsreisekostenverordnung des Bundes vom 21. Mai 1991 (BGBl. I S. 1140) in der jeweils geltenden Fassung, mit der Maßgabe, daß die Tabellenspalte für die Sätze des Auslandsübernachtungsgeldes mit Nachweis keine Anwendung findet. Das Ministerium des Innern und für Europaangelegenheiten gibt die jeweilige Fassung der Anlagen im Staatsanzeiger für das Land Hessen bekannt. Das Auslandstagegeld für Auslandsdienstreisen, die nicht länger als einen Kalendertag dauern, beträgt abweichend von § 9 Abs. 1 Satz 1 des Hessischen Reisekostengesetzes neunzig vom Hundert des Auslandstagegeldes nach Satz 1. § 9 Abs. 5 und 6 sowie § 10 Abs. 3 Satz 1 des Hessischen Reisekostengesetzes finden keine Anwendung. Auslandsübernachtungsgeld steht nicht zu, wenn Übernachtungskosten wegen der Benutzung von Beförderungsmitteln nicht anfallen.

(2) Für die in den Anlagen nach Abs. 1 Satz 1 nicht aufgeführten Übersee- und Außengebiete eines Landes ist das Auslandstage- und Auslandsübernachtungsgeld des Mutterlandes maßgebend.

*) GVBl. II 323-107

§ 4

Grenzübertritt

(1) Für den Tag des Grenzübertritts wird Tage- und Übernachtungsgeld für das Land gewährt, das vor Mitternacht zuletzt erreicht wird. Bei Flugreisen gilt ein Land in dem Zeitpunkt als erreicht, in dem das Flugzeug dort landet; Zwischenlandungen bleiben unberücksichtigt, es sei denn, daß durch sie Übernachtungen notwendig werden.

(2) Bei einer mehrtägigen Auslandsdienstreise wird abweichend von Abs. 1 für den Tag des Grenzübertritts zum Inland Auslandstagegeld für das Land des letzten Geschäfts-, Dienst- oder Wohnorts nur gewährt, wenn nach vierzehn Uhr der Grenzübertritt stattfindet oder der erste Flughafen im Inland erreicht wird.

(3) Bei eintägigen Auslandsdienstreisen wird abweichend von Abs. 1 Tagegeld für das Land des letzten Geschäfts- ortes gewährt.

§ 5

Reisekostenvergütung bei längerem Aufenthalt am Geschäftsort

Dauert der Aufenthalt an demselben Geschäftsort ohne Hin- und Rückreise länger als sieben Tage, ist das Auslandstagegeld nach § 3 Abs. 1 und 2 abweichend von § 11 Abs. 1 des Hessischen Reisekostengesetzes vom achten Tage an um zehn vom Hundert zu ermäßigen. Die oberste Dienstbehörde kann in begründeten Ausnahmefällen von der Ermäßigung absehen.

§ 6

Erkrankung während der Auslandsdienstreise

Erkranken Dienstreisende während der Auslandsdienstreise und können sie deswegen nicht an ihren Wohnort zurückkehren, wird die Reisekostenvergütung weitergewährt. Werden sie wegen der Erkrankung in ein ausländisches Krankenhaus aufgenommen, erhalten sie abweichend von § 1 Satz 2 der Verordnung über die Reisekostenvergütung in besonderen Fällen in der Fassung vom 14. Juni 1976 (GVBl. I S. 281) für jeden vollen Tag des Krankenhausaufenthalts Ersatz der notwendigen Auslagen für die Unterkunft am Geschäftsort und zehn vom Hundert des Auslandstagegeldes.

§ 7

Aufhebung bisherigen Rechts und Übergangsvorschrift

(1) Die Hessische Auslandsreisekostenverordnung in der Fassung vom 18. Mai 1977 (GVBl. I S. 206, 207), zuletzt geändert durch Verordnung vom 23. Januar 1986 (GVBl. I S. 29)¹⁾, wird aufgehoben.

(2) Für Auslandsdienstreisen, die vor dem Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung angetreten werden, verbleibt es bei dem bisherigen Recht, wenn dies für den Auslandsdienstreisenden günstiger ist.

§ 8

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 5. August 1993

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident
Eichel

Der Minister des Innern und
für Europaangelegenheiten
Dr. Günther

¹⁾ Hebt auf GVBl. II 323-47.

**Verwaltungskostenordnung
für den Geschäftsbereich des Kultusministeriums*)**

Vom 5. August 1993

Auf Grund des § 21 Abs. 1 des Hessischen Verwaltungskostengesetzes vom 11. Juli 1972 (GVBl. I S. 235), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. September 1991 (GVBl. I S. 301), wird verordnet:

§ 1

(1) Für Amtshandlungen im Geschäftsbereich des Kultusministeriums werden Verwaltungskosten nach dem als Anlage beigefügten Verwaltungskostenverzeichnis erhoben.

(2) Für die Erhebung der allgemeinen Verwaltungskosten gilt die Allgemeine Verwaltungskostenordnung vom 16. Dezember 1991 (GVBl. I S. 424), geändert durch Verordnung vom 18. Januar 1993 (GVBl. I S. 26).

§ 2

Soweit in Spalte 3 des Verwaltungskostenverzeichnisses nichts anderes bestimmt ist, werden angefangene Bemessungseinheiten wie volle Einheiten bewertet.

§ 3

Die Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Kultusministers vom 23. April 1990 (GVBl. I S. 99)¹⁾ wird aufgehoben.

§ 4

Diese Verordnung tritt am 1. September 1993 in Kraft.

Wiesbaden, den 5. August 1993

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident
Eichel

Für die Ministerin
der Finanzen

Der Minister für Wirtschaft,
Verkehr und Technologie
Welteke

Der Kultusminister
Holzapfel

*) GVBl. II 305-34
1) Hebt auf GVBl. II 305-25

Anlage

Anlage

Verwaltungskostenverzeichnis

Nr.	Gegenstand	Bemessungs- grundlage	Gebühr DM
1	2	3	4
1	Amtshandlungen des Hessischen Instituts für Bildungsplanung und Schulentwicklung		
11	Suchfragen an das Hessische Literaturinformationssystem Pädagogik (Help) für		
111	außerhessische institutionelle Benutzer . . .	je Frage	80
112	außerhessische private Benutzer	je Frage	30
113	hessische institutionelle Benutzer – soweit kein dienstliches Interesse vorliegt –	je Frage	80
114	hessische private Benutzer – soweit kein dienstliches Interesse vorliegt –	je Frage	30
12	Software des Instituts	je Diskette	8
13	Platinmodelle	je Stück	75 bis 125
14	Veröffentlichungen		
141	bis 119 Seiten	je Stück	5
142	ab 120 Seiten	je Stück	7
2	Amtshandlungen der Staatlichen Landesbildstelle Hessen		
201	Akustische Geräte		
2011	Kassettenrecorder, Tonbandgeräte, Plattenspieler, Rundfunkgeräte, Audio-Kombibox	je Tag	60
2012	Audio-Kraftverstärker	je Tag	50
2013	Audio-Mischpult	je Tag	20
2014	Megaphon	je Tag	20
2015	Lautsprecherbox	je Tag	20
202	Bildprojektoren		
2021	Diaprojektor oder Tageslichtprojektor	je Tag	60
2022	Diaüberblendenanlage mit Projektoren und Steuergerät	je Tag	130
2023	Tonbildgerät	je Tag	40
2024	Episkop	je Tag	60
2025	Lichtbildleinwand (180 cm)	je Tag	10
2026	Projektionstisch	je Tag	5
203	Filmprojektoren, Filmkameras		
2031	Filmprojektor, 8 mm	je Tag	20
2032	Filmprojektor, 16 mm	je Tag	60
2033	Filmprojektor, Zweiband	je Tag	80
2034	Filmprojektor stationär, 35 mm	je Stunde	40
2035	Schneide- und Vertonungstisch für 8 mm- bzw. 16 mm-Filme	je Tag	50
2036	Filmkamera Super 8	je Tag	20
2037	Filmkamera für Stummfilme, 16 mm	je Tag	60
204	Videogeräte und Zubehör		
2041	Videorecorder VHS	je Tag	50
2042	Camcorder VHS	je Tag	250
2043	Bildplattenspieler	je Tag	40
2044	Farbempfänger – Monitor	je Tag	50
2045	Mikrofon	je Tag	10
2046	Aufnahmeleuchte	je Tag	20
2047	Kamera- bzw. Mikrofonstativ	je Tag	5
2048	Video Transfer für 8 mm- oder 16 mm-Tonfilm	je Tag	300
205	Videoprojektion		
2051	Video-Beamer	je Tag	650
2052	Videoprojektor	je Tag	350
206	Video – Sonstiges		
2061	Video Kopierstraße S-VHS U-Matic (low- und highband auf 6 x VHS)	je Stunde	150

Nr.	Gegenstand	Bemessungs- grundlage	Gebühr DM
1	2	3	4
2062	Video-Normwandlung (PAL/NTSC/SECAM/ ME-SECAM/PAL-M/PAL/N)	je Stunde	80
20621	professionell mit Nachbearbeitung	je Stunde	100
207	EDV		
2071	MS-DOS Portable AT oder LCD-Display zur Auflage auf Arbeitsprojektor (monochrom)	je Tag	60
208	Fotografischer Bereich, Reproduktionen		
2081	Schwarz-Weiß-Reproduktions- und Duplikat- negative einschließlich Entwicklung		
	2,4 cm × 3,6 cm	je Negativ	5
	4,5 cm × 6,0 cm	je Negativ	8
	6,0 cm × 6,0 cm	je Negativ	10
	6,0 cm × 7,0 cm oder		
	6,0 cm × 9,0 cm	je Negativ	12
	9,0 cm × 12,0 cm	je Negativ	17
	13,0 cm × 18,0 cm	je Negativ	22
	18,0 cm × 24,0 cm	je Negativ	35
	24,0 cm × 30,0 cm	je Negativ	44
2082	Color-Negativ-Reproduktionen		
	2,4 cm × 3,6 cm	je Negativ	17
	4,5 cm × 6,0 cm	je Negativ	25
	6,0 cm × 6,0 cm oder		
	6,0 cm × 9,0 cm	je Negativ	28
	9,0 cm × 12,0 cm	je Negativ	39
2083	Reproduktions-Dias		
	2,4 cm × 3,6 cm	je Dia	17
	4,5 cm × 6,0 cm	je Dia	23
	6,0 cm × 6,0 cm oder		
	6,0 cm × 9,0 cm	je Dia	28
209	Vergrößerungen		
2091	Schwarz-Weiß-Vergrößerungen		
	13,0 cm × 18,0 cm	je Foto	10
	18,0 cm × 24,0 cm	je Foto	15
	24,0 cm × 30,0 cm	je Foto	24
	30,0 cm × 40,0 cm	je Foto	28
	40,0 cm × 50,0 cm	je Foto	42
	50,0 cm × 60,0 cm	je Foto	59
2092	Color-Vergrößerungen		
	bis 13,0 cm × 18,0 cm	je Foto	20
	18,0 cm × 24,0 cm	je Foto	32
	24,0 cm × 30,0 cm	je Foto	45
	30,0 cm × 40,0 cm	je Foto	60
	40,0 cm × 50,0 cm	je Foto	80
	50,0 cm × 60,0 cm	je Foto	110
210	Negativ-Entwicklung		
2101	Schwarz-Weiß-Negativ-Filme		
	Kleinbildfilm 36	je Film	10
	Rollfilm 120	je Film	15
	9,0 cm × 12,0 cm	je Negativ	5
	13,0 cm × 18,0 cm	je Negativ	10
2102	Color-Filmentwicklung C 41, E 6		
	Kleinbildfilm 36	je Film	8,50
	Rollfilm 120	je Film	5,80
	9,0 cm × 12,0 cm	pro Blatt	5
211	Dias		
2111	Schwarz-Weiß-Dias		
	2,4 cm × 3,6 cm	je Dia	5
	4,5 cm × 6,0 cm	je Dia	8
	6,0 cm × 6,0 cm	je Dia	10
	6,0 cm × 7,0 cm oder		
	6,0 cm × 9,0 cm	je Dia	12
	9,0 cm × 12,0 cm	je Dia	17
	13,0 cm × 18,0 cm	je Dia	22
	18,0 cm × 24,0 cm	je Dia	35
	24,0 cm × 30,0 cm	je Dia	44
2112	Color-Duplikat- und Großdias		
	2,4 cm × 3,6 cm	je Dia	5
	4,5 cm × 6,0 cm	je Dia	12
	6,0 cm × 9,0 cm	je Dia	18

Nr.	Gegenstand	Bemessungs- grundlage	Gebühr DM
1	2	3	4
	13,0 cm × 18,0 cm	je Dia	74
	18,0 cm × 24,0 cm	je Dia	95
	24,0 cm × 30,0 cm	je Dia	115
2113	Rahmung von Kleinbilddias mit Glas	je Dia	1
212	Aufnahme von Gegenständen in Schwarz- Weiß und Color bis zum Aufnahmeformat 9,0 cm × 12,0 cm (Aufnahmen auf Schwarz-Weiß- und Color- Negativ oder Dia-Film)		20 bis 150
213	Benutzung eines Fernsehstudios bis 70 qm einschließlich Beleuchtung und Klimaanlage (ohne Geräte)	je Stunde	70
214	Zurverfügungstellen von Geräten des Fern- sehstudios (semi-professionell) stationär		
2141	Studiokamera	je Tag	400
2142	Regietisch (Misch- und Trickregietisch) ...	je Tag	450
2143	U-matic-highband Schnittplatz	je Tag	500
2144	U-matic-lowband Schnittplatz	je Tag	450
2145	VHS-Schnittplatz (semi-professionell)	je Tag	500
2146	S-VHS-Schnittplatz	je Tag	700
2147	Portable U-matic-highband-Anlage	je Tag	400
2148	Portable U-matic-lowband-Anlage	je Tag	350
215	Benutzung eines Tonstudios	je Stunde	50
216	Zurverfügungstellen von Geräten des Ton- studios		
2161	Tonbandmaschine (professionell)	je Tag	50
2162	Mikrofon	je Tag	10

**Verordnung
zur Übertragung der Ermächtigung
nach § 38 Abs. 2 Satz 1 des Sortenschutzgesetzes*)**

Vom 5. August 1993

Auf Grund des § 38 Abs. 2 Satz 2 des Sortenschutzgesetzes vom 11. Dezember 1985 (BGBl. I S. 2170), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 1992 (BGBl. I S. 1367), wird verordnet:

§ 1

Die Ermächtigung der Landesregierung nach § 38 Abs. 2 Satz 1 des Sortenschutzgesetzes, durch Rechtsverordnung einem Landgericht die Sortenschutzstreitsachen für die Bezirke mehrerer Landgerichte zuzuweisen, wird auf die

Ministerin oder den Minister der Justiz übertragen.

§ 2

Die Verordnung zur Übertragung der Ermächtigung nach § 48 Abs. 2 Satz 1 des Sortenschutzgesetzes vom 22. Juni 1978 (GVBl. I S. 408)¹⁾ wird aufgehoben.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 5. August 1993

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident
Eichel

Die Ministerin der Justiz
Dr. Hohmann-Dennhardt

*) GVBl. II 210-60
1) Hebt auf GVBl. II 210-48

**Anordnung
über Zuständigkeiten nach der Hessischen Beihilfenverordnung
im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz*)**

Vom 27. Juli 1993

Auf Grund des § 92 Abs. 2 Satz 5 des Hessischen Beamtengesetzes in der Fassung vom 11. Januar 1989 (GVBl. I S. 26), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Mai 1992 (GVBl. I S. 170), in Verbindung mit § 17 Abs. 5 Satz 2 der Hessischen Beihilfenverordnung in der Fassung vom 11. Juli 1990 (GVBl. I S. 427, 439), zuletzt geändert durch Verordnung vom 25. Mai 1993 (GVBl. I S. 183), wird bestimmt:

§ 1

Dem Vorstand des Oberlandesgerichts wird auch die Befugnis übertragen, über Anträge auf Gewährung von Beihilfen der

übrigen Bediensteten aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz zu entscheiden.

§ 2

Die Anordnung über Zuständigkeiten nach der Hessischen Beihilfenverordnung im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz vom 6. Januar 1993 (GVBl. I S. 1, 15)¹⁾ wird aufgehoben.

§ 3

Diese Anordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

Wiesbaden, den 27. Juli 1993

Die Hessische Ministerin der Justiz
Dr. Hohmann-Dennhardt

*) GVBl. II 323-108
1) Hebt auf GVBl. II 323-104

Absender: Verlag Dr. Max Gehlen GmbH & Co. KG
61343 Bad Homburg v. d. Höhe

Herausgeber: Hessische Staatskanzlei, Wiesbaden

Verlag: Verlag Dr. Max Gehlen GmbH & Co. KG,
61343 Bad Homburg v. d. Höhe; Telefon (0 61 72) 18 04-148,
Telefax (0 61 72) 2 30 55;
Hausadresse: Daimlerstr. 12, 61352 Bad Homburg v. d. Höhe
Postgiroamt: Frankfurt/M. 228 48-607 (BLZ 500 100 60)

Druck: Taunusbote, Buchdruckerei Dr. Alexander Krebs,
61343 Bad Homburg v. d. Höhe

Abo-Verwaltung: RZS-Abonnentenverwaltung GmbH,
Postfach 100, 35538 Wetzlar, Fernruf (0 64 41) 8 04 14, Telefax 8 04 37

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement.
Bezugszeit ist das Kalenderjahr. Abbestellungen zum 31. Dezember
müssen spätestens am 15. November schriftlich beim Verlag vorliegen.
Fälle höherer Gewalt, Streik, Aussperrung und dergleichen entbinden
den Verlag von der Verpflichtung auf Erfüllung von Aufträgen und
Schadensersatzleistung.

Einbanddecken können nur direkt bezogen werden von: Buchbinde-
rei Rudolf Eggenberger, Akazienweg 22, 67346 Speyer (Rhein), Tele-
fon (0 62 32) 3 29 72, Fax (0 62 32) 4 06 72.

Bezugspreis: Der jährliche Bezugspreis beträgt 70,00 DM
einschließlich 4,90 DM Mehrwertsteuer.

Einzelstücke dieser Ausgabe können vom Verlag, einschließlich einer
Bearbeitungsgebühr, zum Preis von 5,00 DM zuzüglich Versandkosten
bezogen werden. (280)